

# ¡Fijáte!

**Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala**

Nr. 534

Mittwoch, 15. Mai 2013

20. Jahrgang

## **In Guatemala gab es doch Genozid**

*In dieser Ausgabe möchten wir uns ausgiebig dem historisch zu nennenden Gerichtsverfahren wegen Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen José Efraín Ríos Montt und José Mauricio Rodríguez Sánchez widmen, das am 10. Mai seinen Abschluss fand.*

Am Freitag, dem 10. Mai 2013, nach 53 Tagen seit Beginn der Verhandlungen und 27 Prozesstagen, kam der erste nationale Prozess wegen Genozid an den Maya-Völkern in Guatemala und Lateinamerika zu einem Gerichtsurteil. Demzufolge ist José Efraín Ríos Montt des Völkermords sowie des Verbrechens gegen die Menschlichkeit schuldig und erhält für ersteres Verbrechen 50 Jahre und für das zweite 30 Jahre Haft. Ausserdem wurde er seiner politischen Rechte enthoben und noch am selben Tag ins Gefängnis überwiesen. Somit ist der General der erste lateinamerikanische Ex-Diktator, der für Genozid verurteilt wurde. In welchem Gefängnis Ríos Montt seine Strafe absitzen wird, wird noch entschieden. Auch stehen der Gerichtsbeschluss bezüglich des Ausgleichs, der den Opfern gezahlt werden soll (am 13. Mai) und die Lesung des kompletten Gerichtsurteil (17. Mai) aus.

Das Gericht gab an, dass die hohe Befehlsgewalt des Militärs die Macht besass, die Auswirkungen der Militäroperationen zu verhindern, und dass darum Ríos Montt die Verantwortung zufällt. Auch ist das Gericht vollkommen überzeugt davon, dass die Vernichtung des Ixil-Volkes Ziel der Operationen war und damit tatsächlich ein Völkermord vorliegt. Die Massaker wurden stets nach dem selben Muster ausgeführt, woraus man schliessen kann, dass sie geplant waren. José Mauricio Rodríguez Sánchez allerdings wurde von den Verbrechen, deren er angeklagt wurde, freigesprochen. Es konnte nicht bewiesen werden, welche Rolle er in den besagten Operationen spielte. Das Gericht fordert von der Staatsanwaltschaft, die Verantwortung weiterer, während des Prozesses benannter Personen zu ermitteln.

*Um den LeserInnen nichts von diesem historischen Prozess mit all seinen Tücken und Hindernissen vorzuenthalten, gehen wir zeitlich zu dem Tag zurück, an dem wie die LeserInnen letzte Woche verlassen haben. Dabei sind unsere Quellen wieder einmal der Blog [www.paraqueseconozca.blogspot.de/](http://www.paraqueseconozca.blogspot.de/) und verschiedene Zeitungsartikel.*

### **19.4. 2013 - 21. Prozesstag**

Der Tag begann mit der Ansage der vorsitzenden Richterin, dass der Prozess weitergehe und dass man nicht einem illegalen Beschluss Folge leisten werde – dem der Richterin Flores, die den Prozess bis hin zum November 2011 annullieren wollte. Man werde auf den Entscheid des Verfassungsgericht warten, das allein dazu befähigt sei. Aufgrund des Fehlens der Anwälte der Angeklagten musste die Anhörung jedoch trotzdem verschoben werden. Die Richterin Barrios ordnete an, den beiden Pflichtverteidiger zu stellen, damit der Prozess weitergehen kann. Das Publikum erhob sich und gab heftigen Beifall.

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>In Guatemala gab es doch Genozid.....</b>	<b>1</b>
<b>Die Stimme des Generals.....</b>	<b>4</b>
<b>Die Stimme des aktuellen Präsidenten und General Otto Pérez Molina .....</b>	<b>5</b>
<b>Ausnahmestand in Jalapa und Santa Rosa.....</b>	<b>6</b>
<b>Ricardo Arjona – gefeierter Star auf Tournee in Guatemala .....</b>	<b>7</b>

**20. bis 29.4.2013 – Unterbrechung der Verhandlung**

Das Verfassungsgericht entsprach am 23. April der Entscheidung von Patricia Flores. Der Entscheid des Verfassungsgerichts, auf den Flores sich basierte, um den Prozess zu annullieren, enthielt allerdings weitere Resolutionen, die am 26. April durch das Prozessgericht „A“ Mayor Riesgo erfüllt wurden. Es erkannte nämlich Beweise der Verteidigung, die vorher verweigert wurden, an. Anwalt García Gudiel klagte weiterhin Richterin Barrios dafür an, ihn nicht als Ríos Montts Anwalt zu akzeptieren.

**30.4.2012 - 22. Prozesstag**

Nach mehreren Tagen Unterbrechung wurde der Prozess fortgeführt, da das Gericht die Anordnung des Verfassungsgerichts erfüllte und den Anwalt Francisco García Gudiel wieder als Verteidigung von Ríos Montt zuließ. Die Prozesszeit von einigen Stunden Dauer, während der Ríos Montt angeblich keinen Vertrauensanwalt an seiner Seite hatte (obwohl alle Anwesenden bestätigen könnten, dass der Anwalt, der neben ihm sass, sehr wohl sein Vertrauen genoss), wurde aus den Akten gestrichen. Es präsentierten sich die Pflichtverteidiger, die aufgrund einer Gerichtsanordnung die Angeklagten verteidigen sollen, solange sie über keinen eigenen Rechtsbeistand verfügen. Da aber Montt sein alten Anwalt zurück bekam, verzichtete er auf seine ihm gestellte Pflichtverteidigerin. Weiterhin wurde die nächste Sitzung auf den 3. Mai festgelegt.

**3.5.2013**

Das Verfassungsgericht entschied an jenem Freitag, den Prozess erneut zu unterbrechen, um auf den Entscheid des Berufungsgerichts zu warten. Dieses muss entscheiden, ob der Klage García Gudiels, ihn als Montts Anwalt wieder anzuerkennen, statt gegeben wird. Dem Einspruch von CALDH und der Staatsanwaltschaft wurde nicht statt gegeben.

**6.5.2013**

Das Berufungsgericht bestätigt den Einspruch von García Gudiel. Das Gericht muss also den Anwalt wieder zulassen, um den Prozess fortzuführen. Ausserdem muss erst noch die Anzeige gegen die vorsitzende Richterin Yasmin Barrios, die die Verteidigung gestellt hat, gelöst werden.

**7.5.2013 - 24. Prozesstag**

Das Gericht „A“ Riesgo Mayor, welches den Prozess gegen Ríos Montt und Rodríguez Sánchez führt, gab an, dass die Anhörungen nicht weiter unterbrochen werden und somit dem Beschluss des Dritten Berufungsgerichts entspricht. Dieses ordnete an, die Anhörungen nicht zu annullieren, um die betroffenen Personen nicht noch einmal zu Opfern zu machen. Betreffend der Anzeige von der Verteidigung Ríos Montts gab Barrios an, dass das Gericht schon dem Verfassungsgericht entsprochen habe und der Anwalt wieder zugelassen ist. So wurde sowohl dem Berufungsgericht als auch dem Verfassungsgericht entsprochen. Zu mehr kam man an diesem Tag allerdings nicht, da aus Krankheitsgründen der Anwalt der Verteidigung Montts fehlte. Die Sitzung wurde auf den folgenden Tag verschoben, der mit den alten Anwälten bewältigt werden soll.

**8.5.2013 – 25. Prozesstag**

Der Prozess wurde an diesem Tag fortgesetzt, trotz der vielen Hindernisse, die die Verteidigung der Angeklagten in den Weg legte, um den Prozess zu stoppen. Das Gericht gab an, dass es allen Forderungen des Verfassungsgerichts und des Dritten Berufungsgerichts entsprochen habe und der Prozess somit rechtmässig weiterginge. Nachdem damit ein Vormittag verschwendet wurde, ordnete das Gericht an, die Aussagen der Zeugen der Verteidigung, die noch nicht ausgesagt hatten, anzuhören. Diese waren allerdings nicht erschienen, obwohl sie zuvor zweimalig zur Aussage aufgerufen wurden. Daher entschied das Gericht, auf die Aussagen zu verzichten und zu den Schlussplädoyers überzugehen.

**Schlussplädoyer der Staatsanwaltschaft**

Die Staatsanwaltschaft gab in ihrem Schlussplädoyer an, dass Ríos Montt als Staatschef die absolute Gewalt besessen habe, wie es Sachverständige bewiesen, und zusammen mit Rodríguez Sánchez ein Kommunikations- und Hierarchiesystem nutzten, welches bestätigt, dass sie wussten, was die Operationen der Armee beinhalteten. Das Kriegshandbuch gegen Subversive hielt fest, dass der innere Feind das „ethnische Volk ist, welches seine Gebiete für sich beansprucht“. Damit waren die BäuerInnen und ihre Organisationen im sogenannten Ixil-Dreieck gemeint. Weiterhin gab die Staatsanwaltschaft an, dass die Taskforce Gumarcaj, die in der Ixil-Region operierte, durch Elemente der technischen Abteilungen, der Schützen und der Fallschirmjäger verstärkt wurde und sich somit auf 1.500 Personen summierte. Die Staatsan-

waltschaft hob hervor, dass die Aktionen geplant, wiederholt und ohne Unterschied gegen die gesamte Maya Ixil-Bevölkerung ausgeführt wurden. Daher werden für Montt und Sánchez je 75 Jahre Haft wegen Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verlangt.

Am Ende dieses Tages wurden die Kläger benachrichtigt, dass das Verfassungsgericht zu einem Entscheid bezüglich der Gerichtsbeschlusses vom 18. April von Carol Patricia Flores Polanco gekommen war. Das Verfassungsgericht gab dem Einspruch der Staatsanwaltschaft nach und verlangt von der Richterin ihren Beschluss zurückzunehmen, da er illegal war, da er nicht Prozessformen entsprach und das Recht der Opfer auf schnelle und umgehende Gerechtigkeit verletzte.

### 9.5.2013 – 26. Prozesstag

Am Vormittag hielt die Anklage ihr Schlussplädoyer und verlangte die Höchststrafe für die Militärs, das heisst 75 Jahre. Gleichzeitig soll dadurch ein Präzedenzfall in Guatemala geschaffen werden. Der Repräsentant vom Verein Gerechtigkeit und Versöhnung (AJR) verlangte, dass „Völkermord nie mehr in unserem Land geschehen darf. Auch heute, so wie in der Vergangenheit, gibt es Leute, die uns Terroristen nennen; die denken, dass ein Gerichtsurteil die Friedensabkommen gefährdet. Aber das ist nicht wahr. Wir sind nur auf der Suche nach Gerechtigkeit mit Würde. Und deshalb müssen auch AnwältInnen, KlägerInnen und ZeugInnen, die am Prozess teilgenommen haben, geschützt werden.“ Der Anwalt der AJR, Edgar Pérez erklärte, dass die Zeugenaussagen die Massaker, Folter, Sexuelle Gewalt, Vertreibungen, Brandstiftungen an Häusern und Ernten und den Raub von Eigentum und Kindern bestätigten und somit das Delikt des Genozids beweisen. Ebenso machten die Aussagen der Sachverständigen deutlich, wie die Befehlskette der Armee strukturiert war und dass Ríos Montt die oberste Befehlsgewalt innehatte und wusste, welche Verbrechen begangen wurden.

Der Anwalt Francisco Vivar vom Zentrum legaler Aktionen für Menschenrechte (CALDH), ebenfalls Nebenkläger, gab an, dass die Armee im Bürgerkrieg nicht die Normen des internationalen humanitären Rechts respektiert habe, welche den Schutz der Zivilpersonen, Frauen und Kindern verlange. Im Gegenteil, Frauen und Kinder wurden ermordet, sexuell vergewaltigt, von ihren Familien getrennt, gefoltert.

In Bezug auf José Mauricio Rodríguez Sánchez gab die Anklage an, dass er als Geheimdienstchef die Verantwortung trug gehabt habe, Informationen zu liefern und systematisch aufzuarbeiten- Zudem habe er dabei das Ixil-Volk als internen Feind kategorisiert, das eliminiert werden musste. Das stellte die Grundlage dar, die erlaubte, den Genozid auszuführen. Und aus diesem Grund müssen beide Angeklagte schuldig gesprochen werden.

#### Ríos Montt: „Ich werde ihnen eine Geschichte erzählen“

Danach machte Ríos Montt seine Aussage - nachdem er sich den ganzen Prozess über zu reden geweigert hatte und der Moment in der Prozessordnung eigentlich vorbei war. Das Gericht akzeptierte allerdings die Bitte, um nicht das Recht auf Verteidigung des Angeklagten zu verletzen. Am vorletzten Tag des ersten Genozidprozesses in Guatemala brach also der General und Ex-Staatschef zum ersten Mal mit den Worten: „Ich werde ihnen eine Geschichte erzählen“ sein Schweigen. Seine „Geschichte“ dauerte eine knappe Stunde.

Ríos Montt gab an, dass er nach dem Staatsstreich 1982 „gerufen wurde, um sich dem Militärregime entgegenzustellen“. Damit sprach er die Absetzung von Fernando Romero Lucas García an, die zur Ernennung Ríos Montts als Staatschef führte. Er erinnerte daran, dass er 1974 die Wahlen verlor, „aber nur weil die Abgeordneten die Stimmen falsch zählten“ 1982 wurde er Staatschef, da andere Kommandanten, die man vor ihm gefragt hatte, ablehnten. Montt aber akzeptierte, „denn man musste ja aus der schlimmen Situation, in der man lebte, wieder herauskommen“. Da die Jungen der Armee somit die Militärhierarchie durcheinandergebracht hatten, herrschte nun keine Einigkeit mehr in der Institution. Auch die Verfassung verlor an Glaubwürdigkeit, weshalb das Zentralstatut der Regierung verabschiedet wurde. Offiziell erklärte man die URNG und ihre Gruppen als staatsfeindlich und es hiess, sie hätten dem Staat den Krieg erklärt. Daher musste man einen internen Krieg ausrufen. 1982 verankerte sich ausserdem die Guatemaltekeische Arbeiterpartei (PGT) im Ixil-Gebiet, was dazu führte, dass die AnwohnerInnen sich gegen die Armee wendeten. Das rechtfertigte die Militäraktionen in der Region. „Aber wer war für die Ixil-Region verantwortlich?“, fragte Ríos Montt und weiter: „Der Kommandant des Departments Quiché, oder der Kommandant von Gumaraj oder in letzter Instanz der Kommandant der Einheit“. Damit machte er klar, dass er selbst keine direkte Verantwortung in den Militäraktionen, die in der Region durchgeführt wurden, getragen habe. „Deshalb erkläre ich mich für unschuldig, niemals hatte ich die Absicht, irgendeine nationale Ethnie zu zerstören. Meine Mission war es, die Nation wieder auf den richtigen Kurs zu bringen, Guatemala war am Ende und die Guerilla an den Pforten des Nationalpalastes“.

Die Anwälte der Verteidigung gingen in ihren Schlussplädoyer nicht auf die Schuldfrage ihrer Mandanten ein, sondern disqualifizierten die ZeugInnen, Sachverständigen und Beweise, die die Anklage zusammen gestellt hatte.

Carmen Ibarra von der Bewegung für Gerechtigkeit gab bezüglich Ríos Montts Aussage an, dass er eine Linie überschritten hätte, als er seine Verantwortung abstritt. Er wurde ja nicht der tatsächlichen Ausführung der Verbrechen angeklagt, sondern der denkende Kopf hinter den Massakern, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und letztendlich dem Genozid gewesen zu sein.

### 10.5.2013 – Das Urteil

José Efraín Ríos Montt wurde des Völkermords sowie des Verbrechens gegen die Menschlichkeit schuldig gesprochen und erhält als Strafe 80 Jahre Haft, die unverzüglich umzusetzen ist.

José Mauricio Rodríguez Sánchez wurde von den Verbrechen, deren er angeklagt wurde, freigesprochen, da die Beweislage unzureichend war.

## Die Stimme des Generals

*Dies ist ein Artikel von Andreas Boueke, den wir hier leicht gekürzt wiedergeben. Er geht auf den Hauptangeklagten des Gerichtsverfahren wegen Völkermords ein, auf den ehemaligen Putschisten und charismatischen Prediger, eine der schillerndsten Figuren der politischen Landschaft Guatemalas, der 86-jährige General Ríos Montt, der erst am letzten Tag der Verhandlung sein Schweigen gebrochen hat. In der Vergangenheit aber konnte der freie Journalist Andreas Boueke mehrfach mit ihm sprechen.*

Seit über zwanzig Jahren recherchiere ich über Themen des politischen Lebens in Mittelamerika. Der General Efraín Ríos Montt war in dieser Zeit immer ein interessanter Interviewpartner. Die meisten unserer Gespräche waren kurz. Es war offensichtlich, dass er keine Lust hatte, kritische Fragen zu beantworten. Während eines Präsidentschaftswahlkampfes im Jahr 2000 traf ich ihn in der Provinzhauptstadt Santa Cruz del Quiché. Ich stellte mich als Journalist aus Deutschland vor und fragte, wie wohl die Regierungen Europas reagieren würden, wenn er die Wahl gewinnt. Sichtlich verärgert antwortete er mir: „Ich interessiere mich nicht dafür, was die Leute in Berlin denken. Ich will mich um die Not der Mayabevölkerung kümmern.“ Ein anderes Mal antwortete er mir überhaupt nicht, sondern blickte mir nur streng in die Augen, bevor er wortlos weiterging. In einer Pressekonferenz ignorierte er meine Fragen und zog es vor, den guatemalteckischen KollegInnen zu antworten, die ihn mit einem unterwürfigen „Mein General“ ansprachen.

### Frühstück mit Ríos Montt

Aber in einem Fall blieb ihm nichts anderes übrig. Er musste antworten. Der Club der ausländischen Presse in Guatemala hatte ihn zu einem Frühstück in ein Hotel der Hauptstadt eingeladen. Am Tag zuvor hatte ich in dem Mayadorf Chupol die Exhumierung eines Massengrabs beobachtet. Eine Gruppe internationaler AnthropologInnen legte die Überreste von einem Dutzend Personen frei. Die meisten Leichen waren Frauen und Kinder. Von den anwesenden Gemeindegliedern erfuhr ich, dass ihre Angehörigen von der Armee ermordet worden waren. Eine Gruppe Soldaten war in ihre Hütten eingedrungen und hatte jeden Menschen getötet, den sie zu fassen bekamen. Das Massaker geschah im Juni 1982, drei Monate nachdem sich Ríos Montt an die Macht geputscht hatte. Auf der Pressekonferenz berichtete ich von meinen Recherchen in Chupol. Anfangs zeigte sich der General interessiert. Er wollte auch Details wissen. Aber als ich nach seiner Verantwortung für solche Massaker fragte, wurde er wütend: „Und Sie glauben wirklich, ich hätte befohlen: 'Tötet dieses acht Tage alte Baby.' Natürlich nicht. Ich war Präsident, Staatschef. Ich war nicht Kommandant im Feld.“ Auf mich machte er den Eindruck, als habe er keinerlei Erfahrung damit, Auskunft über seine Vergangenheit zu geben. Als weitere KollegInnen Fragen über die Zeit des Bürgerkriegs in Guatemala stellten, reagierte er empört. Er stand auf und wollte sich zurückziehen. „Ich bin zu einem Frühstück eingeladen worden“, schimpfte er, „Aber dies ist wie ein Gerichtsverfahren. Sie haben mich auf die Anklagebank gesetzt. Warum fragen Sie mich all diese Dinge. Warum fragen sie nicht die anderen, weshalb sie Kinder getötet haben? Das ist meine Antwort.“

Wenige Wochen zuvor hatte wir ein ähnliches Treffen mit drei Kommandanten der guatemalteckischen Guerilla organisiert. Auch ihnen hatten wir Fragen über ihre Verantwortung für die Gewalt gegen die Zivilbevölkerung gestellt. Als wir ihm das sagten und erklärten, wir wollten ihn nicht anklagen, sondern nur unsere journalistische Arbeit machen, beruhigte er sich ein wenig: „Na gut. Ich werde Ihnen antworten. Vielleicht ist das ja ein gutes Training.“

Es war die Zeit, als viel über einen Prozess gesprochen wurde, den die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú in Spanien gegen Ríos Montt für Verbrechen gegen die Menschlichkeit angestrengt hatte. Eine englische Kollegin fragte den General, ob er bereit sei, vor einem spanischen Gericht auszusagen. Da hatte Ríos Montt seinen Humor wiederge-

funden: „Wenn ich dazu aufgefordert werde und ein Visum bekomme, dann gehe ich vielleicht nach Spanien. Vor allem, wenn man mir das Hotel bezahlt.“ Dann lehnte er sich wieder zurück und begann, uns seine Vision seiner Rolle während der Kriegsjahre zu erklären: „Ich als Staatschef habe mit den Ministern gesprochen. Ich habe ihnen Vorgaben gemacht. Es waren die Minister, die daraus konkrete politische Aktionen entwickelt haben. Ich war nicht der Chef einer Eingreiftruppe der Armee oder der Kommandant einer Garnison. Ich war Staatschef und musste mich nicht nur um die nationale Politik kümmern, sondern auch um die internationale Politik.“

Ist es möglich, dass der Präsident eines kleinen Landes wie Guatemala, der oberste Befehlshaber der Armee, damals wirklich nicht wusste, dass im Landesinneren jede Woche grausame Massaker von Soldaten begangen wurden?

Rios Montt jedenfalls bestand darauf, dass er mit diesen Geschehnissen nichts zu tun hatte:

„Erstens, ich war nicht verantwortlich für den operativen Bereich. Zweitens, wir waren im Krieg. Wir mussten die Verfassung und die Militärdoktrin verteidigen. Zu der Zeit sind die Guerilleros durchs Land gezogen. Die Nation war gespalten. In der Situation haben wir das Gesetz durchgesetzt. In der Verfassung stand: 'Guatemala ist eine antikommunistische Nation.'“ Ich habe diese Pressekonferenz mit einer Videokamera aufgenommen. Die letzten Worte von Rios Montt auf dem Band sind: „Die Geschichte wird über mich richten. Es ist aber doch interessant, dass ich noch immer hier bin. Seit 25 Jahren bin ich in der Politik. Ich improvisiere nicht. Ich kenne die Nöte meines Volkes und die Bedingungen dieser Nation. Eins ist sicher: Ich habe ein ruhiges Gewissen!“

Bis heute ärgere ich mich darüber, dass ich in diesem Moment nicht gefragt habe: „Wie ist es möglich, dass Sie ein ruhiges Gewissen haben? In der Zeit als Sie Präsident waren sind Tausende Zivilisten massakriert worden. Haben sie genug getan, um ihre Landsleute zu verteidigen?“

Ich verstehe wirklich nicht, wie solche Menschen die Geschehnisse mit ihrem Gewissen vereinbaren können. Wie kann ein Mann mit solchen Widersprüchen leben. Aber jetzt ist es zu spät. Ich werde ihn nicht mehr fragen können. Mir wird der General bestimmt kein Interview mehr geben.

## Die Stimme des aktuellen Präsidenten und General Otto Pérez Molina

**Costa Rica, 5. Mai.** Am 4. Mai 2013 erschien in Prensa Libre ein Interview mit Präsident Pérez Molina, das er in Costa Rica gab, wo er sich auf dem Präsidententreffen des Systems der Zentralamerikanischen Integration (SICA), zu der auch Barack Obama zugegen war, befand und sich weiterhin mit 170 UnternehmerInnen der Region treffen wollte.

Der aktuelle Präsident Guatemalas erklärte – am Tag, nachdem das Verfassungsgericht den Prozess unterbrochen hatte –, dass „das wichtigste, trotz aller Einsprüche und Berufungen, sei, dass der Prozess weitergeht und zu einem Urteil kommt, sei es dagegen oder dafür.“ „Was wir erhoffen, ist eine wirkliche Gerechtigkeit, und wir möchten vermeiden, dass die guatemaltekeische Gesellschaft sich polarisiert.“, so der Staatschef weiter. „Heute ist so etwas möglich, vor 10 der 15 Jahre war ein Prozess gegen einen Staatschef und General undenkbar. Es ist ein wichtiger Schritt in Richtung Justiz und gegen die Straffreiheit.“

Noch Mitte April hatte Pérez Molina angegeben, dass eine Gruppe übergeschnappter Funktionäre mit diesem Genozid-Prozess eigentlich „das Militär und den Staat beschuldigen“ und somit den Frieden im Land bedrohen. Bezüglich der Aussagen von Hugo Ramiro Leonardo Reyes, die den Präsidenten mit den Morden und Folterungen gegen Ixiles im Zeitraum 1982/83 in Verbindung brachte, sagte Pérez Molina, dass es ein „falscher Zeuge“ sei. Seine Hypothesen über den Grund der Falschaussage gehen von „den Prozess erschweren“ über „die Glaubwürdigkeit der Staatsanwaltschaft zu untergraben“ oder „ihn mit dieser Institution zu entzweien“.

### Der Präsident zum Urteil

Gegenüber CNN Mexiko sagte der Präsident nach dem Urteil am 10. Mai, dass er dieses respektiere. Er wies zugleich darauf hin, dass es noch nicht rechtskräftig sei. Die Verteidigung von Rios Montt würde höhere Instanzen anrufen. Er werde nicht Teil der Verteidigung von Rios Montt sein, da er als Präsident die Arbeit anderer Gewalten respektieren müsse. Das sollten auch die GuatemaltekenInnen tun. Erneut sprach er sich für Gerechtigkeit aus, kam jedoch wieder nicht an der Phrase vorbei, dass die Menschen nicht von einander getrennt werden sollten. Er werde nichts über die Frage der Schuld von Rios Montt sagen, aber er bekräftigte seine Ansicht, dass es keinen Genozid gegeben habe. Als Begründung führte er seine eigenen Erfahrungen beim Militär in dieser Zeit an. Es sei nicht das Militär gewesen, das den internen Krieg begonnen habe und zu den Ixiles getragen habe, sondern die Guerilla. Damit hat er exakt den Inhalt aus der letzten Erklärung von Rios Montt wiedergegeben.

## Ausnahmезustand in Jalapa und Santa Rosa

**Jalapa/Santa Rosa/Guatemala Stadt. 13. Mai** Im letzten **¡Fijáte!** haben wir von der Anwendung des Ausnahmezustandes in einigen Regionen des Landes berichtet. Eine Chronologie der aktuellen Ereignisse in Jalapa und Santa Rosa.

### 2. Mai

Am 2. Mai wurde offiziell in den Stadtbezirken Casillas und San Rafael Las Flores im Department Santa Rosa und Mataquesuintla sowie in der Hauptstadt des Department Jalapa der Ausnahmezustand ausgerufen. Anlass seien – so heisst es in der Regierungszeitung Diario de Centro América - „ernste Konflikte seit letztem Dienstag“ (also dem 30.04.). In den genannten Stadtbezirken habe es „eine Serie von schwerwiegenden Fällen von Sabotage gegeben, welche in die produktive Kraft von individuellen und juristischen Personen eingriffen; gewaltsam explosives Material stahlen; Angriffe gegen militärische und zivile Autoritäten ausführten sowie die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der BürgerInnen durch Strassenblockaden erzwangen...“. Der letzte Teil dieses Satzes signalisiert, dass das eines der Ziele des Ausnahmezustands offenbar der gewaltfreie Widerstand der lokalen indigenen Bevölkerung gegen Minenprojekte ist. Präsident Otto Pérez Molina erklärte, dass die Entscheidung, in den vier Orten den Ausnahmezustand zu verhängen, aufgrund von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in Bezug auf mehrere schwere Delikte gefallen sei, u.a. Morde, Entführungen, Raub von Waffen und Bildung einer illegalen Bande. Er fügt die Zerstörung öffentlichen Eigentums hinzu und spricht von der Entführung von 23 PolizistInnen. Zugleich redet er davon, dass die Ermittlungen gezeigt hätten, dass diese Ereignisse nicht notwendigerweise etwas mit der Mine San Rafael zu tun haben, sondern dass sich dabei Delikte der organisierten Kriminalität mit anderen Interessen vermischt und zu einem Zustand der Anarchie geführt hätten. Solche Zustände werde er jedoch nicht erlauben und habe deshalb den Ausnahmezustand ausgerufen.

Auf die Frage der JournalistInnen, ob nicht die Minengesellschaft San Rafael von dem Ausnahmezustand profitieren solle, sagte der Präsident, es gehe darum Recht wieder herzustellen und die kriminellen Akte zu bekämpfen, aber nicht darum, irgendwelche anderen (wirtschaftlichen) Aktivitäten zu verteidigen. Der Ausnahmezustand ist erst einmal auf 30 Tage festgesetzt, kann aber sowohl verkürzt als auch verlängert werden, je nachdem wie sich die Lage entwickelt.

### 3. Mai

Die guatemalteckische Presse berichtet, dass in der Region 16 von insgesamt 44 mit Haftbefehl gesuchten Personen festgenommen worden seien. (Die Haftbefehle wurden übrigens von der bekannten Richterin Carol Patricia Flores ausgestellt.) Ihnen würden Delikte im Umfeld der Zetas zur Last gelegt. Laut Prensa Libre haben die staatlichen Sicherheitskräfte drei Waffen gefunden, allerdings konnte nicht festgestellt werden, ob sie den 23 aus einer Polizeidienststelle gestohlenen Waffen gehören. Einige der Verhafteten bzw. Gesuchten sind – nach Angaben von sozialen Bewegungen – führende Kräfte der Xinka-Bewegung in der Region, etwa Roberto González Ucelo, Präsident des Xinka-Parlaments. In einem Telefoninterview mit der Zeitung siglo21 wies González Ucelo eine Verbindung zu kriminellen Gruppen zurück: „Schauen Sie sich mein Haus an, es ist eine kleine Farm, die zerfällt. Ich weiss nicht, wie man darauf kommen kann, dass wir mit Drogenhändlern verbunden sind. Das ist ein grosser Fehler. Es schmerzt mich, dass sie arme Leute kriminalisieren.“

González Ucelo und sein Xinka-Kollege Rudy Pivaral hielten sich in der Hauptstadt auf und überlegten sich eine Strategie, um sich zu stellen. „Die mögliche Reaktion der Bevölkerung beunruhigt mich. Während sie hier versuchen, mich festzunehmen, handeln sie vor Ort. Daher werde ich abwarten, was meine Anwälte mir sagen.“

Pivaral ergänzt, er sei in der Hauptstadt und werde sich stellen, da er mit dem, was ihm vorgeworfen werde, nichts zu tun habe. „Ich habe keinen Polizisten ermordet. Ich war wohl auf der Demonstration, aber geschossen hat eine bewaffnete Gruppe.“ Im Haus von Pivaral haben die Behörden Flugblätter gegen die Minen gefunden.

Bereits am 17.3. war – wie **¡Fijáte!** 531 berichtete – Encarnación Ramírez López, Sekretär in der Xinca Gemeinde von Xalapán, ermordet worden und der oben genannte, nun polizeilich gesuchte Roberto González entführt, tauchte jedoch ein Tag später in Chimaltenango wieder auf.

Im selben Artikel berichtet siglo21, dass die Staatsanwaltschaft für Menschenrechte ein Ereignis vom 27. April untersucht, das vermutlich Auslöser der Turbulenzen ist, nämlich die Schüsse von Sicherheitskräften der Mine San Rafael auf Demonstranten, die sechs Personen z.T. schwer verletzte. Die Verletzten forderten von der Staatsanwaltschaft die Festnahme des Sicherheitschefs der Mine San Rafael, Alberto Rotondo wegen versuchten Mordes. Rotondo wurde am 30. April auf dem Flughafen Autora festgenommen. Er wollte das Land verlassen (Quelle: La Hora). Er soll von einem Richter vernommen werden. Das Institut für Forensische Wissenschaft (inacif) erklärte, dass ein Opfer im Krankenhaus

Roosevelt läge und aufgrund der Schwere der Verletzungen einen chirurgischen Eingriff im Gesicht benötigt. Die Verletzungen stammen von Bleimunition, die gegen die DemonstrantInnen gefeuert wurde.

Laut Verteidigungsminister sind 3.500 Soldaten in den Regionen, die unter Ausnahmezustand stehen, im Einsatz. Andere, wie der stellvertretende Innenminister Edi Juárez, sprechen von 3.750 militärischen und zivilen Sicherheitskräften.

Der Verteidigungsminister gab zu, dass der Konflikt mit der Mine San Rafael zu tun habe und dass die organisierte Kriminalität die soziale Unruhe für ihre Zwecke ausnutze.

### 8. Mai

In mehreren Pressekonferenzen berichten VertreterInnen von der BäuerInneneinheit (CUC) oder der Katholischen Kirche über ihre Recherchen zur Situation in Jalapa und Santa Rosa. Zunächst sprechen viele, etwa Daniel Pascual von der CUC, davon, dass der Ausnahmezustand an sich ungesetzlich sei, da er der Verfassung widerspreche. Andere kritisieren, dass nur die Exekutive tätig gewesen sei, und die Legislative nicht oder erst im Nachhinein beteiligt werde. Aber auch das Mittel selbst sei untauglich und werde zu falschen Zwecken genutzt, wie Pascual erläuterte: „Wir glauben, dass der Staat mit seinen Operationen nicht die Bandenführer und bewaffneten Gruppen gefangen nehmen will. Das einzige, was er aufzeigt, ist, dass er zum Wohle der Minengesellschaften arbeitet und um Frieden und Ruhe in der Region wieder herzustellen.“ Die Menschenrechtsaktivistin Claudia Samayoa stimmt dem in einem Protestaufruf vom 7. Mai zu, verweist aber darauf, dass immerhin einige Mitglieder der Sicherheitskräfte der Minengesellschaft, die mit den bewaffneten Gruppen verbündet waren, inzwischen festgenommen worden seien. Sie bildeten eine Art geheime Struktur, die die Bevölkerung terrorisierte und ängstigte, um den Widerstand zu brechen.

Bischof Julio Cabrera forderte die Regierung auf, den legitimen Forderungen der Gemeinden, die gegen die Minen sind, entgegen zu kommen, z.B. durch ein Moratorium für neue Konzessionen: Damit können die sozialen Spannungen gesenkt und zugleich der Eindruck widerlegt werden, dass die Regierung im einseitigen Interesse der Minenunternehmen handelt.

Der Bürgermeister von Mataquescuintla Jalapa, Hugo Loy, erklärte, dass er in den vergangenen Tagen mehrere Beschwerden von Gemeindemitgliedern erhalten haben, die durch den Ausnahmezustand zu Schaden gekommen seien. So sei am Morgen des 3. Mai ein soeben geborenes Kind gestorben, da ihre Mutter Ana Inés Polanco keine Hilfe finden konnte, denn alle BewohnerInnen aufgrund der Ausgangssperre Angst hatten, aus dem Haus zu gehen. Weiterhin sagte er, dass die Sicherheitskräfte Häuser, in denen keine Besitzer anzutreffen waren (viele arbeiten in den USA), gewaltsam aufbrachen. Auch drangen sie in das Haus der Familie Zeta ein und nahmen deren Computer, Mobiltelefone und andere Dokumente mit. Die Familie steht auf der Liste der Gesuchten, da die Sicherheitskräfte Informationen darüber haben, dass die Drogenbande „Zetas“ in der Region aktiv ist. Dabei hatten die Leute mit diesen Delikten gar nichts zu tun, sondern hießen eben einfach Zeta mit Hausnamen, so der Bürgermeister. Auch der stellvertretende Innenminister musste diese Version bei einer Befragung durch die Fraktion der UNE zugeben.

### 13. Mai

Präsident Otto Pérez Molina änderte den Ausnahmezustand in den Gebieten von Jalapa und Santa Rosa in einen Präventionszustand. Laut AFP bedeute diese schwächere Form des Ausnahmezustandes, dass „einige Einschnitte in bestimmte Rechte erhalten bleiben, etwa Streiks oder Demonstrationen, sofern sie in öffentliche Dienstleistungen eingreifen oder Waffen getragen und irgendwo gelagert werden.“ Die individuellen Rechte würden praktisch wieder völlig garantiert werden, jedenfalls im Vergleich zu den Bestimmungen im Ausnahmezustand. Ein weiterer Unterschied sei, dass das Militär dort ihre Aufgaben verliere, da die Sicherheit soweit wieder hergestellt wurde.

Laut Mariela Castañón von La Hora wurden die inzwischen 18 Festgenommenen mit der Entführungsbande „Los Chagos“ in Verbindung gebracht. Die anfangs offiziell genannten Zetas tauchen nicht mehr auf. In den Regierungsmedien wird derweil kräftig Stimmung zur Aufrechterhaltung der Massnahmen gemacht.

## **Ricardo Arjona – gefeierter Star auf Tournee in Guatemala**

**Guatemala Stadt, Frühjahr 2013** Der bekannte Popmusiker Ricardo Arjona, der aus Guatemala stammt, nach Mexiko geflohen ist und vorzugsweise in Los Angeles als Musiker lebt, kehrte in seine Heimat zurück. Alle Medien waren voll von ihm und seiner Geschichte. Berichte von der umjubelten Tournee überall. Ricardo Arjona ist auch ein politischer Künstler. Stephan Brües, Redakteur der Fijate, hat eine CD von ihm. Sie stammt aus dem Jahr 1996, ist also etwas älter, aber sie ist immer noch schön. Und Anlass diese Kulturnachricht mit dem Text „Si el Norte fuera el Sur“ zu illustrieren.

„Si el Norte fuera el Sur“

El norte sus McDonald, basketball y rock'n roll  
sus topless, sus madonas y el abdomen de stallone  
intelectuales del bronceado, eruditos de supermercado  
tienen todo pero nada lo han pagado.

Con 18 eres un niño para un trago en algún bar  
pero ya eres todo un hombre pa' la guerra y pa' matar  
viva vietnam y que viva forest gump  
viva wall street y que viva donald trump  
viva el seven eleven\*.

Polvean su nariz y usan jeringa en sus bolsillos  
viajan con marihuana para entender la situación  
de este juez del planeta que lanza una invitación  
cortáselo a tu marido y ganarás reputación.

Coro:

Las barras y las estrellas se adueñan de mi bandera  
y nuestra libertad no es otra cosa que una ramera  
y si la deuda externa nos robó la primavera  
al diablo la geografía se acabaron las fronteras....

Si el norte fuera el sur serían los sioux los marginados  
ser moreno y chaparrito sería el look más cotizado  
marcos sería el rambo mexicano  
y cindy crawford la menchú de mis paisanos  
reagan sería somoza

Fidel sería un atleta corriendo bolsas por wall street  
y el ché haría hamburguesas al estilo double meat  
los yankees de mojados a tijuana  
y las balsas de miami a la habana,  
si el norte fuera el sur.

Seríamos igual o tal vez un poco peor  
con las malvinas por groenlandia  
y en guatemala un disneylandia  
y un simon bolivar rompiendo su secreto  
ahí les va el 187, fuera a los yankees por decreto.

(Coro)

Si el norte fuera el sur, sería la misma porquería  
yo cantarí un rap y esta canción no existiría.

Wenn der Norden der Süden wäre

Der Norden mit seinen McDonalds, Basketball und Rock'nRoll  
Seinen Oben-Ohnes, seine Madonnen und dem Oberkörper von Stallone  
Braungebrannte Intellektuelle, entsprungen aus der Mall  
Sie haben alles, haben aber nichts bezahlt.

Mit 18 bist du noch zu jung, um in der Bar einen zu heben,  
Aber schon alt genug, um ein Mann zu sein für Kriege und Ableben  
Viva Vietnam! Viva Forest Gump!  
Viva Wall Street! Viva Donald Trump!

Und Viva das Seven Eleven!\*.  
Sie zieh'n Pulver durchs Näschen und haben Spritzen im Täschchen,  
Sie reisen mit Marihuana, um die Situation zu verstehen  
Mit diesen Erdenrichter, der eine Einladung aussprach,  
Schneid es deinem Gatten ab und ja, hast Du Reputation.

Refrain:

Die Streifen und Sterne bemächtigen sich meiner Flagge  
Und unsere Freiheit ist nicht anderes als eine Dirne  
Und sobald uns die Auslandsschulden den Frühling raubten  
Zum Teufel mit der Geographie, Schluss mit den Grenzen...

Wenn der Norden der Süden wäre, wären die Sioux die Randgruppen,  
Dunkel und ganz klein zu sein wäre der letzte Schrei  
[Subcommandante] Marcos wäre der mexikanische Rambo  
Und Cindy Crawford die Menchú für meine Landsleute.  
Reagan wäre Somoza

Fidel wäre ein Athlet, der die Geschäfte für Wall Street erledigt  
Und Ché würde Hamburger machen mit doppeltem Fleischbelag  
Die Yankees würden nach Tijuana schippern  
Und die Fähren führen von Miama nach Havanna,  
wenn der Norden der Süden wäre.

Wir wären gleich oder vielleicht n' bisschen übler  
Wie die Malvinen für die Grönländer  
Und in Guatemala gäb's ein Disneyland  
Und ein Simon Bolivar, der sein Geheimnis bricht  
Da geht sie hin die 187\*\*, fort zu den Yankees per Erlass.

(Refrain)

Wenn der Norden der Süden wäre, wäre es die gleiche Scheiße.  
Ich würde 'nen Rap singen und dieses Lied würd' es nicht geben.

\* Seven Eleven, weltweit größter Einzelhandelskonzern

\*\*187: Mordparagrah im US-Strafgesetz, bei Gangs ein Code für eine Morddrohung.

**¡Fijáte!**

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger E-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

**Redaktion:** Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com und Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de  
Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg  
Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

**Abo-Verwaltung:** fijate@web.de

Solidarität mit Guatemala e.V., Jahresabonnement 50.-€

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

**Abo in der Schweiz:** Jahresabonnement 85.-CHF, Konto-Nr. PC: 30-516068-6